

ÖSTERREICHISCHER
GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15

Telefon: 5121480

Telefax: 513375872

An die
ParlamentsdirektionWien, am 20. April 1994
GrParlament
1017 Wien

Betrifft GESETZENTWURF
Zl. 27. GF/19. PG
Datum: 20. MRZ. 1994
Vergelt 21. April 1994

Bezug: GZ 14 0403/1-IV/14/94/3Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Grunderwerbssteuergesetz 1987, die Bundesabgabenordnung, das Gerichtsgebührengesetz und das Gerichtliche Einbringungsgesetz 1962 geändert werden

Der Österreichische Gemeindebund beehrt sich, in der Beilage
22 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:
Der Generalsekretär:

Der Präsident:

wHR^a Dr. Robert Hink

Franz Romeder

Beilagen

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15

Telefon: 512 14 80

Telefax: 513 37 58 72

An das
Bundesministerium für Finanzen

Wien, am 19. April 1994
Gr

Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
1015 Wien

Bezug: GZ. 14 0403/1-IV/14/94/3

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Grunderwerbssteuergesetz 1987, die Bundesabgabenordnung, das Gerichtsgebührengesetz und das Gerichtliche Einbringungs-gesetz 1962 geändert werden

Der Österreichische Gemeindebund erlaubt sich, zu dem oa. Gesetzesentwurf folgende Stellungnahme abzugeben:

Ziel des Gesetzesentwurfes ist eine Minimierung des Verwaltungsaufwandes bei Einhebung der Grunderwerbssteuer und der Eintragungsgebühren nach dem Gerichtsgebührengesetz. Hierbei soll das Abgabenaufkommen gesichert und das Grundbuchseintragungsverfahren beschleunigt werden.

Grundsätzlich stimmt der Österreichische Gemeindebund den vom Gesetzesentwurf verfolgten Intensionen zu. Unseres Erachtens aber kommt der vorliegende Gesetzesentwurf nur in unzureichendem Ausmaß diesen Zielen nach.

Die grundlegende Änderung im System der Einhebung der Grunderwerbssteuer hat zu wenige effiziente Absicherungen, um tatsächlich eine Aufkommensminderung zu verhindern. Die Kontrollinstrumente, die die korrekte Angabe des Kaufpreises bzw. des Wertes des Grundstückes sicherstellen, sind unzureichend, und gehören unbedingt verstärkt.

Der Österreichische Gemeindebund verlangt daher, daß bei jedem Erwerbsvorgang, bei welchem die Steuer selbst berechnet wird, die betreffende Gemeinde, in deren Gebiet das Grundstück liegt, zumindest im nachhinein informiert wird. Diese Mitteilung hat dabei so gestaltet zu sein, daß eine Überprüfung der vollständigen und richtigen Erfassung des Erwerbsvorganges durch die Gemeinde möglich ist.

- 2 -

Eine weitere Führung der Kaufpreissammlungen bei den örtlichen Finanzämtern und auch eine Überprüfung der Kaufpreise durch die örtlichen Finanzämter muß sichergestellt sein bzw. werden.

Da materiell (Steuersätze etc.) keine Änderungen in der Novelle vorgesehen sind, sondern nur gegenüber der bisherigen finanzamtlichen Festsetzung der Grunderwerbssteuer nunmehr auch eine Selbstberechnung durch Parteienvertreter (Rechtsanwälte und Notare) vorgesehen ist, verweisen wir unter der Voraussetzung einer unveränderten Aufkommensentwicklung darauf, daß diese gemeinschaftliche Bundesabgabe gemäß FAG 1993 nur zwischen dem Bund und den Gemeinden (Bund 4 %, Gemeinden 96 %) - und zwar gemäß §8 Abs.3 Z 3 lit.a FAG 1993 nach dem örtlichen (länderweisen) Aufkommen - oberverteilt wird.

Im Begutachtungsentwurf ist in der Bestimmung des § 11 Abs.2 - "Befugnis zur Selbstberechnung" - vorgesehen, daß für die Erhebung der GrEST jenes Finanzamt sachlich zuständig ist, von dessen Bereich aus der Parteienvertreter seine Berufstätigkeit vorwiegend ausübt.

Diese Neuregelung würde zu einer Verschiebung des örtlichen Aufkommens als Verteilungsparameter führen, da derzeit durch die Zuständigkeit des örtlichen Finanzamtes des länderweise Aufkommen exakt erfaßt wird.

Die sachliche und somit örtliche Zuständigkeit der legitimierten Parteienvertreter richtet sich nicht nach dem Finanzamtsbereich, sondern nach jenem Bereich, in welchem die überwiegende Berufstätigkeit des Parteienvertreters ausgeübt wird.

Die Anhäufung der Unternehmenssitze größerer Unternehmen - wie etwa in Wien - und die damit verbundene Beiziehung ansässiger Parteienvertreter wird die bereits angesprochene Verschiebung des örtlichen Aufkommens zugunsten Wiens gegebenenfalls auch zugunsten anderer Länder - auslösen.

Der Österreichische Gemeindebund verlangt daher, daß auch in Zukunft die Zuordnung der Grunderwerbssteuer länderweise wie bisher erfolgt.

Das Ziel der vorliegenden Novelle ist eine Minimierung des Verwaltungsaufwandes bei der Einhebung der Grunderwerbssteuer. Bisher war die Grunderwerbssteuer eine gemeinschaftliche Bundesabgabe und diente der 4%ige Anteil des Bundes zur Abdeckung seines Verwaltungsaufwandes. Da durch die vorliegende Novelle nunmehr bedeutende personelle Einsparungen des Bundes eintreten, verlangt der Österreichische Gemeindebund, daß der Anteil des Bundes entsprechend, nämlich auf 1 % gesenkt wird.

Für den Österreichischen Gemeindebund:
Der Generalsekretär:

wHR Dr. Robert Hink

Der Präsident:

Franz Romeder